

Hamburg-Harburg, den 1. Juni 2026

Harburger Linke feiert deutliches Nein beim Referendum:
Harburg erteilt Olympia Absage!

Bezirk Harburg. Mit einer deutlichen Mehrheit von 58,6 Prozent haben die Harburger*innen beim Olympia-Referendum am 31.5. gegen eine erneute Bewerbung Hamburgs gestimmt. Die Linksfraktion sieht darin ein unmissverständliches Signal gegen die Prestigepolitik des Senats und fordert ein sofortiges Umdenken bei den öffentlichen Finanzen.

Das Ergebnis im Bezirk zeigt eine historische Ablehnung: 24.905 Menschen votierten mit Nein, nur 17.594 mit Ja. Für die Fraktion die Linke Harburg ist dieses Votum eine Quittung für den rot-grünen Senat, der Millionen Euro für die Olympia-Kampagne verpulvert hat, während in den Bezirken Kürzungen in sozialen, kulturellen und sportlichen Bereichen vorbereitet werden. Gerade in Harburg erleben Vereine und soziale Einrichtungen täglich die Folgen einer chronischen Unterfinanzierung. **Sylvie Szagarus, sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion Harburg:** „Dieses Ergebnis ist kein Nein zum Sport. Es ist ein Nein zu einer Politik, die Millionen für Olympia ausgibt, während Sportvereine und Schwimmhallen auf Sanierungen, ausreichend Hallenzeiten und eine verlässliche Förderung warten. Die Menschen in Harburg wissen sehr genau, wo das Geld dringend gebraucht wird. Wer den Sport stärken will, muss zuerst die Sportstätten und Vereine vor Ort stärken.“

Die Linksfraktion stellt dem olympischen Gigantismus die harte Realität vor Ort gegenüber: Während Großprojekte priorisiert werden sollten, fehlt es in den Stadtteilen an den Grundlagen. Die Linke fordert, die freiwerdenden Millionen stattdessen direkt in die soziale Infrastruktur, den Wohnungsbau und die Bezirke zu stecken.

Xenija Melnik, Harburger Bürgerschaftsabgeordnete der Fraktion Die Linke: „24.905 Harburgerinnen und Harburger haben dem Senat eine klare Botschaft geschickt. Während der rot-grüne Senat Millionen für Olympia bereitstellt, werden gleichzeitig über Kürzungen bei sozialen Angeboten, Kultur, Jugendhilfe und anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge diskutiert. Das klare Nein aus Harburg zeigt: Die Menschen wollen Investitionen in bezahlbares Wohnen, Bildung, soziale Infrastruktur und lebenswerte Stadtteile statt olympischer Prestigeprojekte.“

Hintergrund:

Das offizielle Ergebnis in Harburg:

Beim hamburgweiten Bürgerschaftsreferendum am 31. Mai 2026 lehnte eine deutliche Mehrheit von 54,9 Prozent die Bewerbung ab. Der Bezirk Harburg verzeichnete dabei gemeinsam mit Hamburg-Mitte die höchste Ablehnungsquote der gesamten Stadt: 58,6 Prozent der gültigen Stimmen entfielen in Harburg auf das „Nein“ (24.905 Nein-Stimmen zu 17.594 Ja-Stimmen). Hamburg scheidet damit offiziell aus dem nationalen Bewerbungsverfahren aus.

Kritik der Linksfraktion:

Die Fraktion Die Linke Harburg hatte bereits im Vorfeld davor gewarnt, dass der Bezirk im aktuellen Bewerbungskonzept überhaupt nicht als Austragungsort vorgesehen war, aber mittelbar durch gebundene Verwaltungskapazitäten und zurückgestellte lokale Infrastrukturprojekte die Lasten hätte tragen müssen. Zudem kritisierte die Fraktion die unkalkulierbaren finanziellen Risiken zulasten der sozialen Daseinsvorsorge.

Während der Senat Milliarden für eine mögliche Olympia-Bewerbung plant, bleibt Harburg auf der sportlichen Landkarte außen vor. Die Linksfraktion fordert nun mit einer Anfrage Aufklärung darüber, wie viele Ressourcen im Bezirk für das Großprojekt gebunden werden, ohne dass die Menschen vor Ort davon profitieren.